

Stadtverwaltung Friedrichshafen
Oberbürgermeister Simon Blümcke
Adenauerplatz 1
88045 Friedrichshafen

25.10.2026

Vorschlag zur Gegenfinanzierung von Anträgen der SPD-Fraktion zum DHH 2027/2028 – hier: Verbesserung der Einnahmen durch Optimierung der stationären und semistationären Geschwindigkeitsüberwachung im Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Zuge der Beratungen über die Beschaffung einer semistationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage, auch Enforcement-Trailer genannt, (SV 2024 / V 00130), hat die Stadtverwaltung dem GR sowohl die erforderlichen Ausgaben als auch die möglichen Einnahmen im Dezember 2024 im Detail dargestellt.

Abweichend von den Erfahrungen der Stadt Überlingen, die ein solches Gerät schon länger in Betrieb hatte, waren die voraussichtlichen Einnahmen in Friedrichshafen – auch mit Rücksicht auf die damalige Personalsituation in der Bußgeldstelle des Rechtsamtes – äußerst konservativ angesetzt. Die Einnahmen der Stadt Überlingen lagen deutlich höher.

Nunmehr haben Sie im Rahmen der Restrukturierung der Stadtverwaltung entschieden, die Zuständigkeit für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Bußgeldstelle dem Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Ordnung (BSO) zuzuordnen. Im Zuge der Beratungen über die Umsetzung der Lärmschutzmaßnahmen gemäß LAP 4 im FVA vom 05.10.2026 (SV 2026 / V 00161) hat die Verwaltung dargelegt, dass sich der GR darauf verlassen könne, dass der Enforcement-Trailer künftig ständig zum Einsatz käme und nicht in der Garage stünde und dass alle registrierten Verstöße auch geahndet würden. Dies lässt erwarten, dass sich die Einnahmen aus dieser Art der Geschwindigkeitsüberwachung ab 2027 gegenüber dem Jahr 2026 deutlich erhöhen werden.

Weitere Einnahmezugewinne ließen sich durch die gleichzeitige Bestückung von mehr der bestehenden stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen erzielen, selbst wenn dafür ein oder zwei zusätzliche Kameras beschafft werden müssten. Auch diese Kosten würden sich – wie die Aufwendungen für den Enforcement-Trailer – innerhalb kurzer Zeit refinanzieren.

In der Summe dürften beide Maßnahmen zu einer Steigerung der Einnahmen im städtischen Haushalt um einen sechsstelligen Betrag pro Jahr beitragen. Diese Mehreinnahmen sind geeignet, zur Finanzierung der von der SPD-Fraktion gestellten Anträge auf Mehrausgaben im DHH 2027/2028 zumindest beizutragen, wenn sie sie nicht sogar in Gänze decken können.